

Medienmitteilung

Bern, 12. Februar 2026

NEIN zu Steuererhöhungen und mehr Schulden

Breite Berner Allianz gegen die [Klimaschuldenfonds-Initiative](#)

Die Initiative von SP und Grünen fordert die Einrichtung eines Klimafonds. Dieser würde jährlich 0,5 bis 1 % des BIP beanspruchen und den Bund bis 2050 zu Ausgaben von bis zu 200 Milliarden Franken verpflichten. Eine Finanzierung wäre nur durch höhere Steuern für den Mittelstand, zusätzliche Verschuldung oder Einsparungen in anderen zentralen Aufgabenbereichen möglich. Berner Politikerinnen und Politiker lehnen dieses kostspielige Vorhaben ab.

NEIN zu massiven Steuererhöhungen

Zur Finanzierung des Klimafonds müsste der Bund jährlich zusätzliche Ausgaben von bis zu 10 Milliarden Franken tätigen. Diese Belastung ist langfristig nicht tragbar. Mittelfristig wären Steuererhöhungen kaum zu vermeiden. In seiner Botschaft nennt der Bund unter anderem eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um bis zu 2,5% oder eine Anhebung der direkten Bundessteuer um bis zu 28%.

NEIN zur Umgehung der bewährten Schuldenbremse

Die Initianten zielen darauf ab, die Schuldenbremse zu umgehen. Dieser Verfassungsartikel wurde 2001 von der Stimmbevölkerung mit 85% Ja-Stimmen angenommen und verpflichtet den Bund zu einem ausgeglichenen Haushalt. Er ist ein zentraler Pfeiler der wirtschaftlichen Stabilität der Schweiz. Mit dauerhaft ungedeckten Ausgaben würde sich die Schweiz finanzpolitisch auf einen riskanten Kurs begeben – vergleichbar mit Ländern wie Italien oder Frankreich, die heute jährlich hohe Milliardenbeträge für Schuldzinsen aufwenden müssen.

NEIN zu Sparmassnahmen zulasten der Bevölkerung

Werden durch den Klimafonds in diesem Ausmass Mittel gebunden, sind spürbare Kürzungen im Bundeshaushalt kaum zu vermeiden. Auch der Bundesrat weist darauf hin, dass andere staatliche Aufgaben dadurch unter erheblichen Spandruck geraten würden. In die gleiche Richtung argumentiert FDP-Grossrat und Fraktionspräsident Carlos Reinhard: «Die Finanzierung der Initiative würde zu weniger Geld für andere Bereich, wie Sicherheit, Sozialleistungen, Bildung oder Infrastruktur führen. Der Klimafonds ist kein nachhaltiges Projekt.» Diese Aufgabenbereiche sind zentral für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität der Schweiz - Einsparungen treffen letztlich die Bevölkerung.

NEIN zu einer kontraproduktiven Klimapolitik

Die Schweiz investiert bereits über 3 Milliarden Franken jährlich in gezielte Klimaschutzmassnahmen. Seit 1990 konnten die Emissionen um 26 % reduziert werden. Dank wirksamer Instrumente und Programme ist die Schweiz auf einem erfolgreichen Kurs, der konsequent fortgeführt werden sollte. Der geplante Klimafonds würde hingegen eine stark ausgeweitete Subventionspolitik einführen. Dazu sagt der HIV-Präsident Daniel Arn: «Klimaschutz, der gleichzeitig unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit schwächt, hilft niemandem. Der Klima-Schuldenfonds häuft massive Schulden an, schwächt marktwirtschaftliche Anreize und bremst Innovationen.» Zudem würden die wachsenden Schulden und erheblichen Steuererhöhungen Haushalte und Unternehmen direkt belasten – insbesondere KMU und das Gewerbe wären davon stark betroffen.

Komiteemitglieder:

Werner Salzmann, Ständerat Kanton Bern

Christian Wasserfallen, Nationalrat FDP

Hans Jörg Rüegsegger, Nationalrat SVP

Thomas Knutti, Nationalrat SVP

Barbara Josi, Fraktionspräsidentin und Grossrätin SVP

Am 8. März



Carlos Reinhart, Fraktionspräsident und Grossrat FDP
Peter Gerber, Fraktionspräsident und Grossrat Die Mitte
Sandra Hess, Kantonalpräsidentin und Grossrätin FDP
André Roggeli, Co- Kantonalpräsident und Grossrat Die Mitte
Raphael Lanz, Stadtpräsident Thun und Grossrat SVP
Daniel Bichsel, Gemeindepräsident Zollikofen und Grossrat SVP
Peter Haudenschild, Grossrat FDP
Michael Elsässer, Grossrat FDP
Daniel Arn, Präsident HIV Kanton Bern und Grossrat FDP
Ernst Kühni, Präsident Berner KMU

Weitere Informationen:

Henrik Schoop, Direktor HIV Kanton Bern, 079 790 30 48